

## **FDP Rheinland-Pfalz**

### **Wahlprüfsteine Bundesverband selbstständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter**

Stand: 10.02.2026

**Die berufspolitische Problematik der selbstständigen Buchhalter und Bilanzbuchhalter ist mir bekannt.**

Ja.

**Die Befugnisse selbstständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter, die im § 6 Nr. 4 Steuerberatungsgesetz geregelt sind, sollten der Praxis angepasst werden. Erlaubt werden sollte:**

- a) Die Erstellung der Umsatzsteuervoranmeldung**
- b) Die Einrichtung der Buchhaltung**

**Nach § 8 Abs. 4 Steuerberatungsgesetz dürfen sich selbstständige Buchhalter und Bilanzbuchhalter auch als solche bezeichnen. Sind Sie dafür, dass sie mit dem Begriff „Buchhaltung“ auch werben dürfen, ohne die ihnen erlaubten Tätigkeiten im Einzelnen aufzählen zu müssen?**

**Unsere Partei setzt sich bereits für eine berufspolitische Verbesserung der selbstständigen Buchhalter und Bilanzbuchhalter ein:**

Für die Freien Demokraten ist es wichtig, dass die Arbeit von Selbständigen nicht zusätzlich durch zahlreiche bürokratische Hürden und durch Überregulierung erschwert wird. Für Freie Berufe gelten aufgrund der persönlichen Berufsausübung darüber hinaus besondere Anforderungen.

Bürgerinnen und Bürger setzen ein Höchstmaß an Vertrauen in eine qualitativ hochwertige Beratungsleistung. Aus diesem Grund ist die Regulierung einer solchen Berufsausübung besonders streng. Wir Freie Demokraten wollen an den hohen Qualitätsanforderungen festhalten. Diese gewährleisten, dass die „Vertrauensberufe“ auch weiterhin die Akzeptanz erhalten, die den anspruchsvollen Tätigkeiten entspricht.

Für die Berufsausübung der selbständigen Buchhalter und Bilanzbuchhalter wollen wir uns vor diesem Hintergrund genau anschauen, welche Aufgaben diesen zusätzlich im Bereich der Erstellung von Steuererklärungen und den dazugehörigen Vorarbeiten übertragen werden können. Für diese Aufgabenübertragung ist auch ein Vergleich mit der Tätigkeit von angestellten Buchhaltern und Bilanzbuchhaltern wichtig.

Eine solche Aufgabenübertragung setzt klare und rechtssichere Regelungen voraus, um Unsicherheiten in den einzelnen Berufsständen und für Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden. Diese Grundsätze müssen auch bei der Werbung mit dem Begriff „Buchhaltung“ berücksichtigt werden. Ebenso dürfen keine Qualitätseinbußen entstehen. Diese hätten sodann auch Einfluss auf die Steuerverwaltung und der Steuervollzug.

## **Wird die europäische Kommission zur Deregulierung des Steuerberatungsgesetzes von Ihrer Partei unterstützt?**

Nein.

## **Wir wollen mehr zu dieser Thematik erfahren. Bitte schicken Sie uns weiteres Infomaterial zu!**

Ja.